



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/23 - 27. Januar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Wir und die FDP</u> Zu den letzten Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Mende Von Franz Barsig	71
3 - 3a	<u>Nicht abträglich...</u> Seltsame Vorstellungen über Recht und Gerechtigkeit Von Konrad Schayer	50
3a	<u>Aus dem Zeitgeschehen:</u> <u>Verrat</u>	28
4 - 7	<u>Afrika sucht seinen Weg (III)</u> Mali-Drehscheibe zwischen Ost und West Von Günter Markscheffel, z.Zt. Bamako (Mali)	197

* * * *
* * *

27. Januar 1962

Wir und die FDP

Zu den letzten Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Mende

Von Franz Barsig

Wer die Publikationen der FDP und insbesondere die Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Dr. Erich Mende seit dem 17. September 1961 verfolgt hat, der müßte zu dem Schluß kommen, als wenn sich zwischen dem Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei ein unheilbares Freund-Feind-Verhältnis ergeben hat. Diese Tendenz würde der oberflächliche Beobachter bestätigt finden, der die Pressekonferenzen des FDP-Vorsitzenden wachsam verfolgt, denn in jeder Veranstaltung dieser Art hat Dr. Mende es nicht verabsäumt, die Schwächen seiner Position, die gleichzeitig Schwächen seiner Partei sind, mit Ausfällen gegenüber den Sozialdemokraten zu übertünchen.

Die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik denken nicht so, aus dem einfachen Grunde, weil ihre Perspektiven für das Wohl und Wehe der Bevölkerung in der Bundesrepublik und in der sowjetischen Besatzungszone gleicher gesteckt sind. Wo käme die Sozialdemokratische Partei hin, wenn sie sich an den momentanen Äußerungen eines Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei orientieren sollte? Seit 1949 hat diese Partei immerhin fünf Vorsitzende gehabt, während die beiden großen Parteien in der Bundesrepublik mit einem bzw. zwei Vorsitzenden ausgekommen sind und seit dem 17. September 1961 sind immerhin zwei stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP ihren Parteivorsitzenden nicht gefolgt und die Hintergründe dafür, ob der gegenwärtige Bundesgeschäftsführer der FDP freiwillig oder wegen des Kurses der Partei wieder in den Journalistenberuf zurückkehrt, werden erst in Monaten ihre Aufhellung erfahren.

Um es ganz klar zu machen. Die Haltung der Sozialdemokraten zur Freien Demokratischen Partei wird nicht allein davon abhängig sein, welche aktuellen Äußerungen der gegenwärtige Vorsitzende bei verschiedenen Gelegenheiten tut, noch wird sie von Ärgernisgefühlen über die gegenwärtige Koalitionskonstellation getragen. Ihre Einstellung zu dieser Partei beruht immer auf dem sachlichen Verhalten der Freien Demokraten im Bund und in den Ländern.

Was soll's, wenn Dr. Mende seine Misere bei der Besetzung der Staatssekretärposten - so in der Pressekonferenz am Freitag - dadurch zu über-

München versucht, daß er den Sozialdemokraten vorwirft, wären sie in einer ähnlichen Position, würden sie massivere Forderungen anmelden.

Sicher würden sie das, denn sie wären in einer All-Parteien-Koalition nicht in der Position, in der sich die FDP heute befindet, nämlich im Anhängerwagen zu fahren, sondern sie würden entsprechend ihrer Stärke und der Qualität der Personen, die sie stellen können, sich durchsetzen. In der Lage ist die FDP leider nicht und sie soll ihre eigene Schwäche nicht auf die Schultern der SPD laden, sondern nüchtern und sachlich abwägen, in welche Strudelpolitik sie sich begibt hat und sie soll ebenso überlegen, ob sie die Kraft hat, sich zu behaupten. Mit der SPD hat das nicht das geringste zu tun und es hilft auch nichts der Seitenhieb auf die Länder, denn der Hinweis auf die Koalitionen in Hamburg, in Bremen und in Niedersachsen müßte den FDP-Vorsitzenden von selbst dezentieren. Alle FDP-Minister dieser Koalitionen könnten ihm nur attestieren, daß die SPD im Gegensatz zu dem gegenwärtigen Koalitionspartner im Bund loyal bis auf die Knochen ist. - Was soll der Unsinn, die Verärgerung darüber, den Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß nicht erhalten zu haben mit der Bemerkung zu beantworten, die FDP werde in diesem Jahre noch eine ebenso freundliche Antwort erteilen. Der Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen und Hessen hängt vom Wählerwillen und nicht von Dr. Kerde ab. Und wer weiß, ob die Freien Demokraten in diesen Ländern sich nach der Wahl nicht nach einem loyalen Koalitionsangebot und nicht nach den Erklärungen ihres gegenwärtigen Vorsitzenden orientieren werden. Wer aber in Rechte des Parlaments eingreift, nachdem er sich jahrelang vorher beklagt hat, wie sie geschnallert werden, der darf sich nachher nicht wundern, wenn die SPD ihrer Haltung treu bleibt, der Partner des Koalitionsabkommens aber "zugreift". - Man weiß in Bonn sehr gut, daß der gegenwärtige Vorsitzende der FDP trotz aller nach außen zur Schau getragenen Rationalität in Grunde genommen sehr emotionell ist. Eine so große Partei wie die SPD ist aber nicht in der Lage, darauf Rücksicht zu nehmen. Da sie, obwohl nicht in der Regierungsverantwortung, gegenüber Deutschland viel mehr Verantwortung trägt als die Freien Demokraten, muß ihre Einstellung zu allen Problemen einzig und allein von sachlichen Gesichtspunkten getragen sein. Diese Partei aber kann sich auf die Dauer aber nicht gefallen lassen, wenn sie den Brückenknoten für die Schwäche anderer abgeben soll. Da gibt viele Berührungspunkte zwischen Freien Demokraten und Sozialdemokraten. Das ist so und das wird so bleiben und es wäre schade, wenn dieses Politikum immer wieder durch menschliche Unzulänglichkeiten im Zwiellicht erscheinen müßte.

Nicht abträglich...

Von Konrad Schayer

Welch seltsame Vorstellungen über das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit manche Leute in Bonn hegen, die es auf Grund ihrer Tätigkeit an verantwortlicher Stelle eigentlich besser wissen müßten, kam während der Fragestunde des Bundestages in der vergangenen Woche ans Tageslicht.

Es ging darum, daß eine nicht geringe Anzahl von Unfallrentnern infolge einer den Zeitumständen längst nicht mehr entsprechenden Höchstbegrenzungsvorschrift des Fünften Buches der Rechtsversicherungsordnung seit Jahren von Rentenerhöhungen ausgeschlossen ist. Für nicht wenige Unfallrentner, beispielsweise in dem im Bundestag zur Sprache gebrachten Fall eines Erblindeten, der beide Hände verloren hat, ergeben sich hieraus erhebliche Härten. Betroffen sind vor allem Unfallrentner aus dem Kreise der Vertriebenen und Flüchtlinge, für die die Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung zuständig ist. Die Bundesausführungsbehörde ist nämlich im Gegensatz zu anderen Trägern der Unfallversicherung, wie Staatssekretär Dr. Claussen vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in Beantwortung einer Frage des Abgeordneten Börner (SPD) mitteilte, nicht befugt, durch Satzung die Höchstgrenze für die Rentenberechnung heraufzusetzen.

Diese Auskunft war zwar nicht gerade erfreulich, doch entspricht sie den Tatsachen. Aber nur kommt es: Auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Börner, wie groß denn der betroffene Personenkreis sei, der hierdurch in seinen Rentenansprüchen geschädigt wird, erklärte Staatssekretär Dr. Claussen wörtlich:

- * er würde "nicht sagen, daß der Kreis geschädigt ist, wenn er den
- * Rechtsvorschriften entsprechend seine Unfallrente erhält".

Der Abgeordnete Schmitt-Vockenhausen (SPD) gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und fragte:

- * "Herr Staatssekretär, wie würden Sie den Ausfall nennen, den die
- * Betroffenen haben, wenn Sie der Meinung sind, es sei kein Schaden,
- * der durch die Nichterhöhung der Jahresarbeitsverdienstgrenze
- * entstanden ist?"

Hierauf Dr. Claussen:

- * "Ich kann nicht davon ausgehen, Herr Abgeordneter, daß etwas, was
- * der Rechtsgrundlage entsprechend festgesetzt wird, eine abträgliche
- * die Regelung wäre."

Man muß die Ausführungen von Blanks Staatssekretär schon zweimal lesen und wird es auch dann kaum fassen können. Denn sie laufen auf nichts anderes als auf die Behauptung hinaus: Was Gesetz ist, kann niemand abträglich sein. Und eine solche Äußerung, die Erinnerungen an längst vergangene Zeiten wachruft, stammt ausgerechnet aus dem Munde eines Mannes, der gern von einem "neuen sozialpolitischen Stil" zu reden pflegt.

Im übrigen ist das Bundesarbeitsministerium nicht ganz unschuldig daran, daß die gesetzliche Höchstbegrenzungsvorschrift, um die es hier geht, seit Jahren nicht angepaßt worden ist. Entsprechende Anträge der SPD sind nämlich zweimal, am 2. Juli 1957 und am 7. Dezember 1960, mit recht sadenscheinigen Argumenten von der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt worden. Die Bundesregierung hat das stillschweigend mitgesehen. So ist es dazu gekommen, daß die veraltete Höchstbegrenzungsbestimmung noch heute Gesetz ist und, wie der Herr Staatssekretär so schön folgert, keinem Rentner abträglich sein kann, - eben weil sie Gesetz ist.

+ + +

Aus den Zeitgeschehen:

Verrat

Der Fluchtweg jener 28 Ostberliner, die sich dieser Tage einen Tunnel unter der Mauer hindurch nach Westberlin gegraben haben, sei "verraten" worden, so sagen erboste Menschen in Berlin und anderswo. Aber dieser Fluchtweg sei nun einmal ein Faktum, und dieses Faktum sei korrekt mitgeteilt worden, so werden wohl die Reporter der amerikanischen Nachrichtenagenturen sagen, von denen die unstrittige Meldung stammt. Hier geht es um mehr als nur um eine Differenz der Anschauungen - etwa unter dem Motto: des einen Tod ist des anderen Brot, des einen Katastrophe ist des anderen Knüller. Hier geht es um ein prinzipielles Versagen der journalistischen Moral - ein Versagen, das in Situationen wie dieser immer dann offenkundig wird, wenn die journalistische Moral sich ausschließlich am Faktum, an der korrekten Mitteilung einer Tatsache, orientiert. Die korrekte Mitteilung einer Tatsache aber kann durchaus verantwortungslos sein. Die Leidenschaft der Journalisten, und namentlich der amerikanischen, für "facts", für Tatsachen, darf jenes andere, nicht minder wichtige Kriterium der journalistischen Moral, ob das Faktum nämlich "fit to print", zum Druck geeignet, sei, nicht überdecken. Ihre moralische Qualität gewinnt eine Tatsache, im journalistischen Betracht, erst durch die Möglichkeit ihrer Verbreitung. Und das setzt auch die journalistische Verantwortung ein: mit dem Abwägen der Folgen einer Veröffentlichung. Eine Tatsache zu veröffentlichen, weil man damit finstere Mächtschaften zunichte macht, kann ebenso ein Gebot der journalistischen Moral sein wie der Entschluß, eine Tatsache nicht zu veröffentlichen, weil sonst - zum Beispiel - ein Loch in der Mauer verstopft würde. Das mögen sich nicht nur die Reporter klar machen, die sich zwischen Sensation und Verrat zu entscheiden haben, sondern auch jene Leser, die erst nach Sensationen und dann "Verrat!" schreiben. +++
Entnommen aus "Stuttgarter Zeitung" Nr. 22 vom 27.1.62

Afrika sucht seinen Weg (III)

Mali-Drehscheibe zwischen Ost und West
Von G. Markscheffel. z.Zt. Bamako (Mali)

Präsident Furler schritt die Ehrenkompanie ab, die zu seinem Abschied nach einem kurzen Besuch in Bamako, der Hauptstadt Malis, angetreten war, als eine tschechische Maschine landete und eine Frauendelegation aus der CSSR brachte, die an einer ersten afrikanischen Konferenz des Weltfriedensbundes teilnehmen sollte. Das größte Hotel in Bamako, sauber gehalten und inmitten der Stadt gelegen, beherbergt Russen, Tschechen, Israelis, Franzosen, Deutsche aus der Bundesrepublik und aus der SBZ. Dazu kommen Inderinnen, Japanerinnen, Burmesinnen - ein buntes kosmopolitisches Bild, das den Anschein erweckt, als gäbe es keinen Ost-Westkonflikt. Außerdem ist der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion, Mikoyan, in Bamako. Fast hätten sich Furler und Mikoyan auf dem Flugplatz gekreuzt, denn - so merkwürdig es klingen mag - Mikoyan reiste einen Tag vor dem angegebenen Abflugtermin nach Moskau zurück.

Beispiele verfehlter Afrikapolitik

Die Männer an der Spitze von Mali werden von vielen westlichen Diplomaten und Besuchern aus Europa und Amerika für Kommunisten gehalten. Spricht man mit ihnen darüber, dann lächeln sie nur. Sie sagen: Unser Land ist nicht so reich wie etwa die Elfenbeinküste, Senegal oder Togo. Wir brauchen viel mehr Hilfe als die anderen und außerdem haben die früheren Kolonialherren noch mehr aus dem Lande herausgeholt, als unbedingt notwendig gewesen wäre. Sie haben ein paar Schulen und Straßen gebaut, aber die große Masse des Volkes vernachlässigt. Jetzt müssen wir Hilfe von dort her nehmen, wo sie angeboten wird.

Es gibt hier in Mali merkwürdige Beispiele einer verfehlten Afrikapolitik, sei es der Amerikaner oder anderer westlicher Staaten. Als sich Mali von Senegal trennte und die Eisenbahnlinie zwischen Bamako und Dakar unterbrochen wurde, entstand für die Mali-Regierung das große Problem der Verkehrsverbindung nach der Küste. Die Regierung wandte sich an die Amerikaner, ohne Erfolg. Zeitweise befürchtete man in Bamako kriegerische Auseinandersetzungen mit Senegal und bat in den USA um Waffen. Auch ohne Erfolg. Dagegen kamen die Waffen sofort aus Moskau und Prag. An die hundert Lastwagen von Krupp, stellte die Bundesrepublik zur Verfügung. Das Volk ist von den Krupp-Lastwagen begeistert. In allen Unterhaltungen wird die Qualität der Wagen und die Hilfsbereitschaft der "Deutschen" gelobt. Aber aus welchem Teil Deutschlands die Lastwagen gekommen sind, weiß man nicht so genau. Bei der Staatsspitze ist man natürlich darüber im Bilde; im Volk jedoch macht man zwischen Ost- und Westdeutschland keinen Unterschied.

Folgende nette Geschichte erfuhr ich in Bamako. Die Zonengewerkschaften haben der Gewerkschaftsorganisation von Mali einen Filmvorführwagen und einiges andere Material geschenkt. Kurz darauf bedankte sich ein Minister bei einem Empfang bei dem Botschafter der Bundesrepublik für die "großartige Hilfe aus Deutschland". Ich konnte nicht erfahren, ob der deutsche Botschafter dem Mali-Minister in diesem Fall aufklärte...

Mehr Schüler als Lehrer

Auch in der Republik Mali mit ihren drei Millionen Einwohnern, von denen rund 100.000 in der Landeshauptstadt Bamako wohnen, ist das Problem Nr. 1 die Entwicklungshilfe, aber noch in stärkerem Maße als woanders das Suchen nach wirkungsvollen Methoden für die schnelle Heranbil-

ung von technischen, landwirtschaftlichen und allgemeinbildenden Kadern. Der Präsident der Nationalversammlung, Haidarah, sagte mir, daß das Problem der Kaderebildung eigentlich noch die erlaufernde Entwicklungshilfe überschattet. Die des Lesens und Schreibens kundige Bevölkerung ist hauchdünn. Kenntnisse erwarb man fast ausschließlich in Missionsschulen. Jetzt muß auf den Türfern in Mille nachgeholt werden, was in Jahrzehnten der Kolonialherrschaft versäumt wurde.

Genauere Kenner der Verhältnisse in Mali versichern, daß die Bevölkerung mit erstaunlicher Energie den Bildungsappell der Regierung und der Partei folgt. Es sind im letzten Jahr in einer Art Arbeitsdienst mehr Schulen gebaut worden, als Lehrer zur Verfügung stehen. Natürlich darf man sich unter Schulen nicht etwas Ähnliches wie in Europa vorstellen. Man hat in den Dörfern einräumige Lehmhäuschen gebaut, wo die Kinder nun täglich hinkommen, um die Anfänge einer fragmentarischer Allgemeinbildung lernen zu lernen.

Ein großes Hindernis bei der Bewältigung dieser Aufgabe ist die Sprachvielfalt und der Mangel an einer Schriftsprache. In der Nähe der Städte begnügt man sich daher zunächst mit der französischen Sprache und dem europäischen Alphabet, weil auf diese Weise der Übergang von der Sprache der Gebildeten und schon fortgeschrittenen Arbeitern und Geschäftsleuten zur Entwicklung einer eigenen Sprache reibungsloser verläuft. Um sich einen Begriff zu machen, wie schwer es für die Regierung, die Partei und die Gewerkschaften ist, irgendeine ihrer Ideen unter das Volk zu bringen, muß man wissen, daß die einzige in Mali erscheinende Zeitung (in französischer Sprache) eine Auflage von nur 1200 hat.

Das Leben in Bamako ist urwüchsiger, d.h., afrikanischer als in Städten wie Dakar oder Abidjan. Auffallend ist auch, das auf Schritt und Tritt spürbare Bemühen der jetzigen Führungsschicht, ihren eigenen Lebensstandard nicht übermäßig luxuriös und daher im Gegensatz zum Lebensstandard des Volkes zu halten. Gerade während meiner Anwesenheit wurde ein neues Steuergesetz angekündigt, das die Einkommen der Ministerialbürokratie und anderer ähnlicher Führungsgruppen in Staat um etwa 30 bis 40 Prozent kürzen wird. Der Präsident der Republik, Moukoko Keita, und mit ihm das Parlament, halten diese Maßnahme für notwendig, um nicht eine Situation entstehen zu lassen, in der die neue Führungsschicht nichts anderes wäre, als der Abklatsch der alten Beherrscher des Landes, der Kolonialherren.

Diplomatische Aktivität Moskaus

Die Sowjetunion und andere Ostblockstaaten geben sich die größte Mühe, um in der Malirepublik festen Fuß zu fassen. Allein die Sowjetbotschaft verfügt über ein Personal von 80 Angestellten. Außerdem sind im Lande etwa 300 sowjetische Geologen tätig, die angeblich nach Bodenschätzen suchen. Die Botschaft der DDR hat nur neun Angestellte. Für die DDR ist eine Handelsmission in Bamako tätig, die außerdem über einen sogenannten Öffentlichkeitsarbeits-Attaché verfügt. Diese DDR-Vertretung bemüht sich hauptsächlich um Kontakte mit den Gewerkschaften. Man muß sagen, mit einem gewissen Erfolg. In der Vorkelle des Gewerkschaftshauses sieht man zur Bilder aus Ostdeutschland; Ullrich und Grotewohl, die Bundesschule der FDGB in Bernau, und zahlreiche Bilder von DDR-Sportlern, die bei der Olympiade in Rom Erfolge erzielen konnten. Natürlich wird bei keinem der Bildtexte auf die Teilung Deutschlands hingewiesen oder auch nur angedeutet, daß es sich um Bilder aus der DDR handelt.

Die Botschaft der Bundesrepublik ist schwach besetzt. Sie verfügt nicht einmal über einen Sozialattaché, der gerade in Mali ein besondere

weites Wirkungsfeld hätte. Sehr angesehen ist der Botschafter von Israel. Der Mann ist kein Karrierediplomat, sondern kommt aus der Kibbuzbewegung. Er hält das Gerede vom "kommunistischen Mali" für oberflächlich. Israel hat außer seinem Botschafter eine Reihe von Experten nach Mali geschickt; darunter einen Spitzenfachmann für Wasserwirtschaft und einen für Landwirtschaft.

" Wir wollen uns niemandem anbieten "

Ein Besuch beim Generalsekretär der Mali-Gewerkschaften war sehr aufschlußreich. Der Mann ist Mitte Dreißig, und erklärt die Probleme seines Landes mit einer derartigen Konzentriertheit, daß man sofort die langjährige Schulung des Gewerkschafters spürt. Er hat völlig erkannt, daß von einer eigentlichen Gewerkschaftsbewegung noch keine Rede sein kann. Aber dieses Bekenntnis stört ihn nicht, er spricht es sogar mit einem gewissen Stolz aus und verweist darauf, daß die früheren Beherrscher des Landes kein Interesse daran hatten, die arbeitenden Menschen als ihresgleichen zu behandeln.

Weit davon entfernt, bei solchen Bemerkungen etwa Haß gegen die Franzosen spüren zu lassen, versucht der Generalsekretär seinem Besucher klar zu machen, daß der jetzt in Mali beschrittene Weg einfach eine Notwendigkeit ist; die sich aus der besonderen Situation des Landes ergibt. Akzentuierter als an der Elfenbeinküste oder in Senegal wird mir hier jedoch deutlich gemacht, daß man sich von niemanden in den Aufbau des Staates hineinreden lassen möchte. Auf meine Frage, ob denn das nicht schon von den Ostblockländern geschehen sei, erhalte ich prompt die Antwort: "Vom Westen hat sich ja noch niemand richtig um uns gekümmert".

Gleich darauf kommt aber wieder die Bestätigung, daß die Lastwagen von Krupp eine entscheidende Hilfe für das Volk von Mali waren und daß "vom letzten Dorfbewohner bis zum Minister" jeder dafür dankbar sei.

Der Generalsekretär erzählte mir aber auch folgende Geschichte: Als die Monteure und das Begleitpersonal von Krupp in Bamako ankamen, habe er geglaubt, diese Leute, die doch nach seiner Meinung auch gewerkschaftlich organisiert sein müßten, würden mit der Mali-Gewerkschaft Fühlung aufnehmen. Leider ist das nicht geschehen und die in den Werkstätten des Transportministeriums mit den Deutschen arbeitenden Mali-Arbeiter hätten kaum einen Kontakt mit ihren Kollegen gehabt, soweit es nicht unmittelbar bei der Arbeit war. Ich fragte den Mann, ob es unter diesen Umständen nicht seine Aufgabe als Generalsekretär der Gewerkschaften gewesen wäre, die deutschen Kollegen anzusprechen. Die Antwort: "Wir wollen uns niemandem anbieten und erst recht nicht aufdrängen".

Natürlich habe ich den Generalsekretär gefragt, ob er mit dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften Kontakte wünsche, nachdem doch bekannt sei, daß die Mali-Gewerkschaften mit dem Weltgewerkschaftsbund in Fühlung stehen. Die Antwort war positiv, und mit einem kaum merklichen Lächelnsaugte der Generalsekretär - scheinbar ohne Zusammenhang mit dem von uns gerade diskutierten Problem - : "Ich weiß nicht, ob Herr Mikoyan hier sehr zufrieden war; er fährt schon morgen früh ab."...

Drehscheibe zwischen Ost und West

Die Mali-Republik ist heute die Drehscheibe zwischen Ost und West in Afrika. In letzter Zeit scheint sich das Verhältnis zwischen Mali und der Elfenbeinküste zu verbessern. Unauffällige Besuche der beiden Staatspräsidenten und ständige Kontakte anderer führender Männer beider Länder deuten darauf hin. Beide Länder sind daran interessiert, daß

zwischen ihnen ein innerer Ausgleich zustandekommt. Die Elfenbeinküste mit ihrem natürlichen Reichtum zieht viele arme Mali-Bewohner an. Ihre genaue Zahl kennt man nicht, da die Fluktuation zur Zeit der Kolonialherrschaft vor allem während der Erntemonate an der Elfenbeinküste nicht nur stillschweigend geduldet, sondern sogar begünstigt wurde. Die Folge davon ist jetzt, daß sich an der Elfenbeinküste ein dem eigenen Lande entwurzeltes Proletariat festsetzt und zu einer Gefahr für den jungen Staat wird. Außerdem bedingt das langsamere Entwicklungstempo Malis auch die Abwandlung von qualifizierten Arbeitskräften nach der Elfenbeinküste, wodurch die in Mali sehr schwierige Aufbauarbeit noch zusätzlich gehemmt wird.

Die Staatsführungen beider Länder scheinen daher entschlossen zu sein, mit der Zeit eine Art inneren Lastenausgleich vorzunehmen, ohne dadurch die Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihrer Länder zu beeinträchtigen. Das ist natürlich ein Vorhaben mit langen Fristen. Aber da man das Problem erkannt hat, und in Bamako keineswegs gewillt zu sein scheint, den Ostblockstaaten einen Freiplatz in Mali zu gewähren, ergeben sich auch für die Westmächte neue Perspektiven.

Vielleicht wird es notwendig sein, einige in früherer Zeit vorläufig gefaßte Meinungen zu revidieren. Der Besuch des Präsidenten des Parlaments der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Professor Furler, in Bamako, bietet hierfür gute Ansätze. Furler hat einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen, man lobt überall seine Zurückhaltung und Bescheidenheit und hört oft ein Kompliment, das der Afrikaner selten einem Europäer zubilligt: "Der Mann kann zuhören, ohne dazwischen zu sprechen".

Frostiger Abschied Mikoyans

Als von von Bamako abflieg, war "Großer Bahnhof". Mikoyan und sein Gefolge, keineswegs freundlich dreinschauend, verabschiedeten sich äußerst frostig. Ob es daran gelegen haben mag, daß man Herrn Mikoyan während seines Aufenthaltes in Mali nicht den Staatspräsidenten, sondern den Justizminister als Begleiter mitgegeben hatte, wird man wohl nie erfahren. Auffallend war jedoch, daß Professor Furler vom Staatspräsidenten empfangen wurde, während einer Tag vor der Ankunft Mikoyans in Bamako eine große Ministerdelegation, zu der auch der Generalsekretär der Partei gehörte, nach Paris zu wichtigen Verhandlungen mit der französischen Regierung abgeflogen war.

Mali wird sicher noch lange die Drehscheibe von Ost und West in Afrika bleiben. Es wird aber auf den Westen ankommen, an welchem Punkt diese Roulette halt macht, ob sie an diesen Punkt ihren eigenen Weg nehmen wird, einen Weg, der der afrikanische Weg ist, bleibt noch offen.

+ - +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler